ARIE NABRINGS

Strafrecht und Strafverfolgung im Fürstbistum Münster am Ausgang des 16. Jahrhunderts

I.

In seiner „Deutschen Geschichte im Zeitalter der Reformation“ hob Ranke als hervorstechendes Merkmal des beginnenden 16. Jahrhunderts eine „allgemeine Gewaltsamkeit“ hervor,¹ ein Kennzeichen, das dieses Jahrhundert nicht verlieren sollte und bis an sein Ende behielt. In gleichem Maße gilt das natürlich auch für die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts, für die Zeit des 30jährigen Krieges, so daß zu erwägen wäre, ob ein so allgemeines Signum hinreicht, eine Epoche zu charakterisieren. Dem einen oder anderen klingt vielleicht noch Goethes Diktum über die Kirchengeschichte im Ohr, die er als Mischung aus Irrtum und Gewalt ansah, und damit hat der Gewaltbegriff vollends seine Bindung an eine bestimmte historische Entwicklungsphase verloren und wird zum weltanschaulichen Räsonnement über die ach so übel beschaffene Welt.

Man geht allerdings fehl, wollte man Ranke in der zuletzt angedeuteten Weise verstehen. Daß die Gewalt eine der treibenden Kräfte im geschichtlichen Geschehen ist, ist eine Trivialität, die als solche der Erwähnung nicht bedarf. Für den Historiker interessant wird das Phänomen der Gewalt erst in dem Moment, wenn die Kompetenzen zu ihrer Ausübung nicht mehr eindeutig geregelt sind, wenn konkurrierende Gewalten auftreten und sich gegenseitig bekämpfen, nicht um Gewalt auszuleben, sondern um neue Kompetenzverteilungen vorzunehmen. So gesehen ist es keineswegs müßig, auf eine zunehmende Gewaltsamkeit hinzuweisen, denn sie ist Indiz einer zerfallenden Ordnung und gleichzeitig der Versuch, eine neue aufzurichten. Sonderliche Schwierigkeiten, die neuralgischen Punkte aufzuzeigen, an denen die Zerfalls- und Formierungsprozesse im 16. Jahrhundert zu verfolgen sind, bestehen nicht. Die Auseinandersetzung zwischen der Reichsgewalt und den ihre Selbständigkeit erkämpfenden und um ihre Unabhängigkeit ringenden Landesherrn, der alles überragende Religionskonflikt mit den in seinem Gefolge einhergehenden Religionskriegen und die Kämpfe zwischen einzelnen Staaten aus religiösen und darin bis zur Unkenntlichkeit verwobenen machtpolitischen Interessen heraus boten hinreichenden Zündstoff genug, um ein ohnehin nur labiles Gleichgewicht endgültig aus den Fugen geraten zu lassen.

Mit dem Austrag dieser „großen“ Konflikte geht, wie stets, eine Zerstörung der

¹ Leopold von Ranke, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation, 2 Teile in 1 Bd., hg. v. Willy Andreas, Wiesbaden o.J., Teil 1, S. 91: „Da nun die höchste Gewalt (sc. die Reichsgewalt) sich so wenig geltend machen, so wenig Billigung und Anerkennung erwerben konnte, so erwachte ein allgemeines Streben nach Selbständigkeit auf eigene Hand, eine allgemeine Gewaltsamkeit, welche diese Zeiten höchst eigentümlich charakterisieren.“

sozialen Ordnung einher. Wo die bisherigen Ordnungsgaranten das Recht nicht mehr gewähren konnten und dem Unrecht zu wehren sich außerstande sahen, war Platz geschaffen für die Willkür des Einzelnen, der als Einzelner oder mit einer Gruppe von Gleichgesinnten auf seine Rechnung zu kommen suchte. Vor allem das Söldnerwesen zeitigte in seinem Gefolge ein Resultat erschreckenden Ausmaßes: das sukzessive Anwachsen von Räuberbanden. Das Phänomen des Söldnerturns läßt das Diffuse der Lage in besonders eklatantem Ausmaß erkennen. Waren die Soldaten im Sold eines Heerführers und verschafften sich ihren Lebensunterhalt durch Rauben und Plündern, so war dies nicht gerade gern gesehen, aber als eine oft nicht zu umgehende Notwendigkeit geduldet. Wurden sie aus dem Sold entlassen und wandten die gleichen Praktiken zur Fristung ihres Lebensunterhalts an, dann befanden sie sich eindeutig im Feld des kriminellen Außenseitertums, obwohl sie nichts anderes taten, als was sie zuvor auch schon betrieben hatten. Eine Verwischung der Grenze zwischen Recht und Unrecht mußte zwangsläufig erfolgen. Dem war dann auch nicht mit differenzierenden Maßnahmen beizukommen. Die Plumpeheit der Kriminalität hatte ihr Pendant in der Plumpeheit der Strafverfolgung, die nur drei Reaktionsweisen aufwies: Strafen an Leben, Leib oder Freilassung.

Am Beispiel des Fürstbistums Münster wollen wir verfolgen, wie der Landesherr dem Problem der Raubkriminalität Herr zu werden suchte, d.h. welche legislatorischen Maßnahmen er ergriff und in welchem Zusammenhang sie mit der Reichsgesetzgebung standen. Abschließend soll illustrativ die Strafverfolgungspraxis in einem besonders ausführlich überlieferten Fall dargestellt werden:

II.

Der Übelstand des anwachsenden Vaganten-, Räuber- und Bettlertums wurde zu Beginn des 16. Jahrhunderts allgemein empfunden. 1518 setzte der Reichstag zu Augsburg eine Kommission ein, die das Reichsjustiz- und -polizeiwesen erneuern sollte.² Die Wurzeln dieses Reformvorhabens reichten noch weiter zurück und zwar bis in das Ende des 15. Jahrhunderts.³ Bei der Zerstrittenheit der deutschen Fürsten in politischen und religiösen Fragen ist es erstaunlich, daß man auf dem Gebiet des Strafrechts im Anfang des 16. Jahrhunderts zu einer Übereinstimmung gelangte. Dies ist als Indiz für die Dringlichkeit einer Regelung zu werten, die imstande sein sollte, den Mißständen zu steuern. Den ersten Erfolg erzielte man bei der Frage der Polizeiordnung. 1530 wurde die erste dieser Ordnungen auf dem Reichstag zu Speyer erlassen. Sie war noch nicht vollständig genug, um alle im sozialen Leben auftretenden Mängel erfassen zu können. Daher entschied man

2 Josef Segall, Geschichte und Strafrecht der Reichspolizeiordnungen von 1530, 1548 und 1577 (Strafrechtliche Abhandlungen, 183), Breslau 1914, S. 44f.

3 J. Kohler und W. Scheel (Hg.), Die Peinliche Gerichtsordnung Kaiser Karls V. Constitutio Criminalis Carolina, Halle a.S. 1900, S. IX-LXXXV, die die Vorgeschichte der Carolina darstellen.

sich 1548, eine neue Reichspolizeiordnung zu erlassen, die die Behandlung einer Reihe weiterer Fragen enthielt, welche die erste Polizeiordnung noch vernachlässigt hatte: Verhalten im Kriegsfall, Behandlung herrenloser Knechte, Weinfälschung durch Schiffs- und Fahrleute, Monopole, Qualifikationen der Richter, Advokaten, Prokuratoren, Apotheker und Handwerker, Verbreitung von Schmähchriften.⁴ Aus der Aufzählung dieser Stichworte können wir ersehen, wie breit gestreut das Spektrum der behandelten Thematik war.

Das uns interessierende Delikt der Straßenräuberei durch ehemalige Soldaten wird keiner strafrechtlichen Regelung zugeführt. Die Reichspolizeiordnung von 1530 enthält hauptsächlich Dinge, die im engeren Sinn zum Begriff der Polizei zählten.⁵ Erst in der reformierten Reichspolizeiordnung von 1548 tritt das Problem in das Blickfeld des Reichstages. Im Augsburger Reichsabschied war eine erneuerte Landfriedensordnung Karls V. aufgenommen worden, die anordnete, daß marodierende Soldaten aus dem Land ausgewiesen und vom Landesherrn zerstreut werden sollten. Gleichlautend waren die Bestimmungen in der Reichspolizeiordnung.⁶ Die Behandlung dieser Frage in der Polizeiordnung verweist darauf, daß sich die Problemlage gegenüber dem Jahr 1530 verschärfte haben mußte. Darauf reagierte der Reichstag durch den Erlaß einer reformierten Ordnung. In der Folgezeit verlor das Problem ebenfalls nicht an Virulenz, denn auch die dritte und letzte Fassung der Reichspolizeiordnung von 1577 behielt die Bestimmungen über das marodierende Kriegsvolk bei.

Die Reichspolizeiordnungen waren wie die Carolina mit einer „salvatorischen Klausel“ versehen, d.h. mit dem Vorbehalt, daß ihr Inkrafttreten von der Zustimmung des Landesherrn abhängig war. Die Klausel wirkte sich nicht restriktiv aus. Von ihr wurde kein Gebrauch gemacht; vielmehr sehen wir, wie die Landesherrn dazu übergingen, eigene auf ihr Territorium zugeschnittene Polizeiordnungen zu erlassen.⁷ In ihnen fanden die verschiedensten Delikte mit Anführung der darauf gesetzten Strafe Erwähnung. Dem freien Ermessen der Schöffen sollte nicht mehr alles überlassen bleiben, sondern man bemühte sich, Regeln und Grundsätze aufzustellen, die der Willkür und dem Mißbrauch wehren sollten.

Das gleiche Motiv lag der Arbeit an der Carolina zugrunde. Mißbräuche, die

4 *Segall*, a.a.O., S. 95f.

5 Zum Polizeibegriff vgl. *Segall*, a.a.O., S. 13-33. Die weitere Entwicklung dieses Begriffes ist dargestellt bei Reiner *Schulze*, *Policey und Gesetzgebungslehre im 18. Jahrhundert*, Berlin 1982, und Hans *Maier*, *Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre*, München ²1980.

6 Neue und vollständigere Sammlung der Reichs-Abschiede, welche von den Zeiten Kayser Conrads II. bis jetzo, auf den Teutschen Reichs-Taegen abgefasst worden, sammt den wichtigsten Reichs-Schlüssen, so auf dem noch fürwährenden Reichs-Tage zur Richtigkeit gekommen sind. In vier Theilen, Franckfurt am Mayn 1747, II, S. 584 und 592.

7 Ein Nachweis über die verschiedenen Polizeiordnungen bei G. K. *Schmelzeisen*, *Polizeiordnungen und Privatrecht*, 1955, S. 547ff.

durch unverständige Richter und Urteiler eingerissen waren, und ungleichmäßige Handhabung der Rechtspflege hebt die Vorrede der Carolina als Hauptgebrechen der zeitgenössischen Rechtspflege hervor.

Zu den Delikten, die sie in der Bestrafung einer eindeutigen Regelung zuführen will, zählten auch der Raub.⁸ Ohne den Tatbestand zu definieren, setzte sie als Strafe für den Räuber den Tod durch das Schwert fest, eine gegenüber dem Galgen als Strafe für den Diebstahl⁹ ehrlichere Todesart.¹⁰ Der Tatbestand des Raubens und Plünderns nicht im Sold stehender Soldaten findet in ihr keine gesonderte Erwähnung. Einer Subsumption unter den strafrechtlichen Begriff des Raubes hätte damit nichts im Wege gestanden.

Die Reichspolizeiordnung griff an dieser Stelle abschwächend ein, indem sie als Reaktion die Zerstreung herrenloser Knechte vorsah und erst bei ihrem abermaligen Erscheinen im Land Strafverfolgung androhte. Die Carolina empfahl ein härteres Durchgreifen gegenüber dem Räuber. Er verstieß nicht nur gegen die Rechtsgüter des Leibes, Lebens und Eigentums, sondern auch gegen den Landfrieden. Den Grenzbereich, also das Feld, auf dem Marodieren und Plündern in Rauben und Stehlen übergang und ein Kriegsübel zum Strafdelikt wurde, überließ sie der reichspolizeilichen Regelung, die nur die Zerstreung solcher „Soldaten“-haufen vorsah.

Auf Reichsebene waren damit entscheidende legislatorische Schritte getan, um dem sich ausbreitenden Übel der Straßenräuberei durch „Soldaten“ zu steuern. Wir wollen sehen, inwieweit dieser Impuls im Fürstbistum Münster aufgenommen wurde.

III.

Der gesetzgeberischen Tätigkeit auf der Reichsebene liefen flankierende Maßnahmen der Landesherren in Form von Erlassen und Verordnungen¹¹ parallel. In ihnen gingen Rechtsprechung und Verwaltung ineinander über. Ihre Trennung sollte erst einer späteren Zeit vorbehalten sein.

Auch im Fürstbistum Münster finden wir das 16. Jahrhundert über eine rege

8 Carolina §§ 38 (Verdacht des Raubes), 40 (Mithilfe) und 126 (Bestrafung des Räubers).

9 Carolina § 159.

10 Zum Tatbestand des Raubes in der Carolina vgl. Michael *Landmesser*, Der Raub von der Carolina bis zum Bayerischen Strafgesetzbuch von 1813, Diss. Mainz 1966. Gustav *Radbruch*, Der Raub in der Carolina, in: Ders.: *Elegantiae iuris criminalis*. 14 Studien zur Geschichte des Strafrechts, Basel ²1950, S. 49-69. Friedrich *Schaffstein*, Raub und Erpressung in der deutschen gemeinrechtlichen Strafrechtsdoktrin, in: *Festschrift für Karl Michaelis*, Göttingen 1972, S. 281-293. Robert von *Hippel*, Deutsches Strafrecht, Bd. I, Berlin 1925, S. 184-191, mit einer Kritik an Radbruch.

11 Mit den Erlassen und Verordnungen beginnt eine neue Periode der Gesetzesentwicklung: das Rechtsgebot. Zu dieser für die Frühneuzeit bis ins 18. Jahrhundert charakteristischen Gesetzesform vgl. Wilhelm *Ebel*, Geschichte der Gesetzgebung in Deutschland (Göttinger rechtswissenschaftliche Studien, Bd. 24), Göttingen ²1958, S. 57-66.

Verordnungstätigkeit. Alle Zweige des öffentlichen Lebens von uns heute als unwichtig erscheinenden Kleiderordnungen bis hin zu grundlegenden Fragen wie den Erlaß von Hof- und Landgerichtsordnungen werden erfaßt. Alles wird von der ordnenden Tätigkeit des sich herauschälenden neuzeitlichen Staates einer Regelung zuzuführen gesucht. So verwundert es auch nicht, wenn Anweisungen gegeben werden, wie mit marodierenden Soldaten zu verfahren ist. Diese Anweisungen werden das ganze Jahrhundert hindurch wiederholt und der Bevölkerung erneut in Erinnerung gerufen.¹²

Eine Erwähnung des uns interessierenden Personenkreises finden wir zum ersten Mal in der Scottischen Sammlung im Jahr 1535.¹³ Der direkte Anlaß dieser Verordnung waren die Wirren um die Wiedertäufer. Zunächst werden die mit dem Erzbischof Hermann von Köln (1515-1547) und dem Herzog Johann zu Kleve, Jülich und Berg (1511-1539) gemeinsam verabredeten Strafbestimmungen und polizeilichen Regelungen gegen die Wiedertäufer in Erinnerung gerufen.¹⁴ Sodann erweitert man den Personenkreis über die Wiedertäufer hinaus und droht auch anderen Sektierern, Religionsneuerern, Aufrührern, Mördern und Friedbrechern, fremden unbekanntem Einwanderern, Krämern und Vagabunden Strafe an. Einbezogen in diesen Kreis werden noch in- und ausländische Bettler und Müßiggänger. All diesen wird, wie gesagt, Strafe angedroht, ohne diese im einzelnen zu spezifizieren. Daher muß man annehmen, daß hier an die drei Jahre zuvor in der Carolina getroffenen Maßnahmen und Regelungen gedacht war. Offiziellen Eingang fand das Reichsstrafgesetz im Fürstbistum 1571 mit dem Erlaß der Landgerichtsordnung, die in ihrem strafrechtlichen Teil bestimmte, daß Grundlage der peinlichen Rechtsprechung die Carolina sei.

Die in diesem Erlaß vorgenommene Zusammenstellung der genannten Personengruppen ist insofern bezeichnend, als hier Rechtsbrecher aus ideellen und kriminellen Motiven heraus in einem Atemzug genannt werden. Daraus ergeben sich zwei einander ergänzende Interpretationshinsichten. Zum einen werden die Wiedertäufer als Kriminelle, wenn auch nicht im herkömmlichen Sinn, eingestuft, die dann auch die gleiche Behandlung wie andere Verbrecher erfahren sollen, und zum anderen hat die Wiedertäuferbewegung offensichtlich auch einen Haufen

12 Die Erlasse sind gedruckt in der von *Scotti* herausgegebenen Sammlung der Gesetze und Verordnungen welche in dem königlich preußischen Erbfürstenthume Münster und in den standesherrlichen Gebieten Horstmar, Rheina-Wolbeck, Dülmen und Ahaus-Bocholt-Werth über Gegenstände der Landeshoheit, Verfassung, Verwaltung und Rechtspflege vom Jahre 1359 bis zur französischen Militair-Occupation und zur Vereinigung mit Frankreich und dem Großherzogthume Berg in den Jahren 1806 und resp. 1811 ergangen sind, Bd. 1, Münster 1842. Die von *Scotti* zusammengestellte Sammlung ist bei weitem nicht vollständig. Davon überzeugt leicht ein Blick in das Findbuch zur Ediktensammlung des Fürstbistums Münster im Staatsarchiv Münster. Sich Wiederholendes und nichts grundsätzlich Neues Bringendes hat *Scotti* weggelassen. Der Einfachheit halber beschränken wir uns hier auf die gedruckten und daher leichter zugänglichen Quellen.

13 Sammlung der Gesetze und Verordnungen, Nr. 20.

14 Gedacht ist hier an die auf dem Reichstag zu Worms 1535 getroffenen Maßnahmen.

Gesindel angezogen, das gleich den Wiedertäufern selbst bekämpft werden sollte. Wiedertäufer und Kriminelle im üblichen Sinn waren für die Zeitgenossen wahrscheinlich so eng miteinander liiert, daß ihre gemeinsame Erwähnung und Bekämpfung gerechtfertigt erschien.

Nur wenige Jahre später, 1538, sah sich die münsterische Regierung¹⁵ genötigt, ein weiteres Mal Bestimmungen gegen räuberisches Gesindel zu treffen. Sie setzte fest,¹⁶ daß zur besseren Handhabung des Landfriedens herrenlosen entlassenen Kriegsknechten, Mordbrennern, Wiedertäufern, Straßenschindern, Aufrührern, starken Bettlern und Zigeunern nirgendwo im Stift Aufenthalt oder Durchzug gestattet sein sollte. Falls diese Leute Überfälle verüben würden, wären die Untertanen des Fürstbischofs verpflichtet, sich durch Glockengeläut zu warnen und zur gewaltsamen Abwehr herbeizueilen. Um dem Unwesen weiter zu steuern, ordnete man regelmäßige Streifzüge von Soldaten an, die im Sold des Landesherrn standen. Wurden bei solchen Streifzügen Verbrecher gefaßt, konnte über sie sofort Recht gesprochen werden, denn jeder Streife waren Scharfrichter zugeteilt. Publiziert wurde dieses Mandat durch öffentlichen Anschlag, durch Verlesung von den Kanzeln und Verkündung bei den Gerichten, woraus zu ersehen ist, daß man alle Untertanen von diesem Erlaß in Kenntnis zu setzen suchte.

Im Vergleich zu der Verordnung aus dem Jahr 1535 ist man im Ton und in den angedrohten Strafmaßnahmen um ein bedeutendes schärfer geworden. Auf kurze und wenig umständliche Weise will man der Plage Herr werden.¹⁷

Hervorhebenswert sind an dem Erlaß noch zwei Punkte. Der erste betrifft die Einschränkung der Aufenthaltsverweigerung auf die Gruppe der „starken“ Bettler. Das Betteln aus Not und das Betteln aus Bedürftigkeit erscheint demnach noch immer erlaubt gewesen zu sein. Doch gab man nicht mehr kritiklos allen und jedem. Den betrügerischen Bettel, der zu Ende des 15. Jahrhunderts durch den Liber Vagatorum publik gemacht wurde, bekämpfte man auch im Münsterland.¹⁸ Bettler, die arbeitsfähig waren, erkannte man nicht mehr als Bettler an.

Der zweite Punkt bezieht sich auf die Anordnung von regelmäßigen Streifzügen durch Soldaten des Stifts. Diese im Dienst des Landesherrn stehende „Exekutivgewalt“ findet sich auch in anderen Ländern. In Frankreich entwickelte sich daraus

15 Zur Problematik dieses Begriffs vgl. die Dissertation von Hans-Georg Schmitz, Die hochstiftmünsterische Regierung von 1574-1803 (Zuständigkeit und Organisation), Münster 1964.

16 Sammlung der Gesetze und Verordnungen, Nr. 28.

17 Geradezu harmlos nimmt sich dagegen aus, was knapp zwei Jahrhunderte später an Maßnahmen gegenüber Zigeunern, Bettlern und Gartendieben vorgesehen ist: sie sollen durch Straßenkehren gebessert werden, Staatsarchiv Münster, Domkapitel Münster, Landtagsachen IV A 2f.

18 Hierzu die 1858 erschienene Arbeit von Friedrich Christian Benedict *Avé-Lallement*, Das deutsche Gaunertum in seiner sozialpolitischen, literarischen und linguistischen Ausbildung zu seinem heutigen Bestande (Neudruck Wiesbaden o.J.), der einen Abdruck des Liber Vagatorum und eine Besprechung dieses Buches gibt.

die überaus effektive *maréchaussée*.¹⁹ Zu gleich effizienter Wirksamkeit wie in Frankreich entfalteten sich die Ansätze, die es übrigens auch in anderen deutschen Territorien gab, in Münster nicht.

Ins Vorfeld des Schmalkaldischen Krieges fällt sodann die nächste Verordnung gegen die Zusammenrottung und Gewalttätigkeit der herrenlosen Knechte. Sie datiert vom 10. März 1546.²⁰ In ihr wird den stiftischen Untertanen verboten, an Zusammenrottungen und Gewalttätigkeiten von nicht im Sold stehenden Soldaten teilzunehmen. Zuwiderhandlungen werden mit den auf dem Reichsfriedensbruch haftenden Strafen geahndet, d. h. die Friedensbrecher werden wie gewöhnliche Verbrecher behandelt, nur daß zu ihren Taten noch das Delikt des Friedensbruchs gezählt wird.

In der uns vorliegenden Form liest sich die Verordnung wie eine genaue Erläuterung und Ausführungsbestimmung zu § 39 der Carolina. Sie bestimmte im Rahmen ihrer Indizienlehre in dem erwähnten Paragraphen die Verdachtsmomente für den Tatbestand des Raubes. Das münsterische Edikt setzte dies in einen strafrechtlichen Tatbestand um.

Nicht direkt auf die Straßenräuberei bezogen ist der zweite Teil des Edikts, der den Untertanen verbietet, in die Dienste nicht hinlänglich ermächtigter Herren zu treten oder überhaupt ohne landesherrliche Erlaubnis ausländische Dienste anzunehmen. Hielt man sich nicht daran, so drohte einem die Landesverweisung.

Unverkennbar ist in dieser Verordnung das Bemühen, Gewalttätigkeiten, wenn sie von organisierten „Soldaten“ ausgeübt wurden, zu kriminalisieren. In Münster wie in anderen Territorien versucht man, die Ausübung von Gewalt an bestimmte dazu berechnete Instanzen zu knüpfen. Der Reichsfriede, seit dem Nürnberger Reichstag von 1466 kontinuierlich ein zentrales Thema der Verhandlungen und von Fürsten und Ständen bekräftigt, sollte nicht in Frage gestellt werden.

Die gleiche Absicht bestimmt dann die nächste uns interessierende Verordnung vom 8. Juni 1562.²¹ Ihr Zweck war es, das Fehdewesen zu bekämpfen.²² An der Entwicklung des Fehdewesens läßt sich mit besonderer Deutlichkeit ablesen, wie der sich ausbildende Staat darum bemüht war, sein „Gewaltmonopol“ zu erhalten und durchzusetzen. War die Fehde anfangs ein Notbehelf, um demjenigen zumindest die Möglichkeit zu geben, sein Recht zu erhalten, dem der Staat dies nicht garantieren konnte, so mußte dieser Notbehelf in dem Moment zum Mißstand werden, als man in der Lage war, in umfänglicher Weise gegen

19 Zur französischen Polizei vgl. die Arbeit von Lain A. Cameron, *Crime and Repression in the Auvergne and the Guyenne, 1720-1790*, Cambridge University Press 1981, p. 17-175.

20 Sammlung der Gesetze und Verordnungen, Nr. 34.

21 Sammlung der Gesetze und Verordnungen, Nr. 38.

22 Zum Fehdewesen vgl. die noch immer lesenswerte Arbeit von Karl Georg von *Wächter*, *Beiträge zur deutschen Geschichte, insbesondere zur Geschichte des deutschen Strafrechts*, Tübingen 1845 (Neudruck Aalen 1970), S. 42-49, und Eberhard *Schmidt*, *Einführung in die Geschichte der deutschen Strafrechtspflege (Jurisprudenz in Einzeldarstellungen, Bd. 1)*, Göttingen 1965, S. 47-55.

Rechtsbrecher vorzugehen. Der erste Punkt der Verordnung vom 8. Juni 1562 hielt demgemäß auch fest, daß jeder In- oder Ausländer bei Gewaltandrohung verhaftet und nur dann freigelassen werden sollte, wenn er sich verbürgt, auf Gewaltanwendung zu verzichten.²³ Auf eine verübte Gewalttat stand ewige Landesverweisung, Güterkonfiskation und peinliche Strafe. Jeder Untertan war verpflichtet, Gewaltandroher oder -täter anzuzeigen bzw. zu verhaften. Als weitere Schutzmaßnahme gegen Übergriffe ordnete man an, daß bei Überfällen eine Warnung der Bevölkerung durch Läuten der Glocken zu erfolgen habe. Jeder war gehalten, diesem Hilferuf Folge zu leisten und beim Ergreifen der Täter zu helfen.²⁴ Die Nichtbeachtung des Warnrufs zog eine Strafe von fünf Mark nach sich. Zugleich wurde eine generelle Belohnung von 25-500 Talern, je nach der Bedeutung der ergriffenen Person, ausgesetzt. Gemeinsame Sache oder ein Sondervergleich mit dem Friedensstörer wurde unter Strafe gestellt. Als letztes führte man noch auf, daß herrenlose Knechte, Landläufer u.a. des Landes zu verweisen seien. Kämen sie dem nicht nach, drohte ihnen eine Bestrafung und anschließend wiederum Landesverweisung.

Eine Wiederholung des letzten Punktes erfolgte zehn Jahre später am 5. Dezember 1572.²⁵ Herrenlose Knechte und Müßiggänger versuchte man aus dem Fürstbistum Münster auszuweisen. Mit dieser allgemeinen Anweisung hatte es aber nicht sein Bewenden. Zusätzlich führte man Streifzüge durch, um dieser Leute habhaft zu werden und um sie einer Bestrafung zuzuführen.

Zwei Jahre später nach dem Tod des Fürstbischofs Johann von Hoya (1566-1574) am 3. August 1574 erließ man erneut eine Verordnung, die aber lediglich die Bestimmungen des verstorbenen Landesherrn über herrenlose Knechte, Müßiggänger und starke Bettler in Erinnerung rief.²⁶ Bis zum Ende des Jahrhunderts sollte die Verordnungstätigkeit dann nicht mehr ruhen. In verschiedenen Erlassen und zwar vom 5. Dezember 1589, 2. August 1594 und 2. Dezember 1600²⁷ schärfte man immer erneut die Bestimmungen über herrenlose Knechte, Müßiggänger und marodierende Soldaten ein. Auch im 17. Jahrhundert setzte sich diese Tätigkeit fort. 1609, 1623 und 1630 waren die Jahre, in denen die bekannten Bestimmungen erneuert wurden.

23 Selbst Straftätern wurde dieses Versprechen in der „Urfehde“ abgenommen. Offensichtlich stand jedem ein gewisses Maß an legitim ausübender Gewalt zu, auf das er eigens verzichten mußte, wollte er freigelassen werden.

24 1578 fand dieser Punkt auch Aufnahme in die Godingsartikel von Greven; ebenso die Verpflichtung, unbekannte und verdächtige Personen dem Gericht zur Anzeige zu bringen. Joseph *Prinz*, Greven an der Ems. Die Geschichte der Stadt und des Amtes Greven, Bd. I, Greven ²1976, S. 193-196.

25 Sammlung der Gesetze und Verordnungen, Nr. 48.

26 Sammlung der Gesetze und Verordnungen, Nr. 50.

27 Diese Erlasse sind nicht bei Scotti wiedergegeben. Sie befinden sich in der Ediktensammlung des Fürstbistums Münster im Staatsarchiv Münster.

Blicken wir auf ein Jahrhundert gesetzgeberischer Tätigkeit des Fürstbistums Münster auf dem Gebiet der Bekämpfung des Söldner-, Bettler-, Räuber- und Vagantenwesens zurück, so zeigt sich, daß dieses Thema die landesherrliche Verwaltung kontinuierlich beschäftigte und sie zu immer neuen bzw. erneuerten Verordnungen griff, um dem Übelstand zu steuern. Aus der Wiederholung können wir aber zugleich entnehmen, daß der Wirksamkeit solcher Maßnahmen doch enge Grenzen gezogen waren. Ihre stets erneute Einschärfung ist zugleich Indiz für ihre relative Erfolglosigkeit.

Durchgehend ist die Tendenz beobachtbar, Gewaltanwendung, wenn sie von „nicht staatlicher“ Seite aus erfolgte, zu bekämpfen, wenn auch nicht sogleich zu kriminalisieren, wie es aus den Bestimmungen über die nichtbesoldeten Soldaten ersichtlich ist. Oft begnügte man sich mit einer Verschiebung des Problems, wobei Verschiebung im wörtlichen Sinn zu verstehen ist. Landesverweisung erschien als probate Alternative zur Bestrafung, und erst wenn die Verweisung nichts nutzte, drohten den Tätern Strafen. Daneben treten zugleich recht drakonische Maßnahmen auf. Angefangen von der Androhung peinlicher Strafverfolgung bis hin zur Beiordnung von Scharfrichtern zu Verfolgungstreifzügen, um eine Art Schnelljustiz durchzuführen. Hier war man nicht gewillt, viel Aufhebens mit den Ergriffenen zu machen.

IV.

Ist mit obigen Ausführungen die juristische Seite des Problems hinlänglich umschrieben, so kann dies seine Ergänzung durch die Darstellung der Strafverfolgungspraxis finden. Weitgehend ist man auf die Beschreibung von Situationen oder einzelner Fälle beschränkt, weil die sporadische Überlieferung des Materials quantifizierende Aussagen nicht oder nur kaum zuläßt. So entstehen zumeist „Sittenbilder“, denen über ihren anekdotischen Charakter hinaus analytische Aussagekraft nur in beschränktem Maße zukommt.²⁸ Viel mehr als ein solches „Sittenbild“ kann auch im folgenden nicht gegeben werden. Allerdings enthält unsere Quelle²⁹ noch eine Reihe weiterer Informationen, wie z.B. die über die Kosten des peinlichen Verfahrens, die Dauer desselben, die Anzahl der dabei beteiligten Personen, die Resonanz in der Öffentlichkeit, die ergriffenen Verwaltungsmaßnahmen und noch einiges mehr, die sie über andere Straferichte der damaligen Zeit deutlich hinaushebt. Es ist ein Amtsbuch, in welchem der Rentmeister des Amtes Wolbeck ausführlich und detailliert jeden Punkt, der für das Amt mit Kosten und Einnahmen verbunden war, festhielt und damit einen genauen „Etat“ des von ihm betreuten Verwaltungssprengels aufstellte. Dieser

28 Als Beispiel hierfür die Arbeit von H. *Offenberg*, Bilder und Skizzen aus Münsters Vergangenheit, 2 Bde., Münster 1898-1902.

29 Es handelt sich um ein Amtsbuch des Amtes Wolbeck, Staatsarchiv Münster, Fürstentum Münster, Amt Wolbeck 116. Daraus werden die Seiten fol. 167-176 genutzt.

Etat beschränkte sich nicht nur auf die Kriminalkosten, sondern umfaßte sämtliche Zweige der Amtsverwaltung, wobei unser Interesse aber auf den Bereich der Kriminalpflege beschränkt bleibt.

Hermann Rothert verglich die Situation im Fürstbistum Münster am Ausgang des 16. Jahrhunderts mit den Verwirrungen und Schrecken, die der 30jährige Krieg für Deutschland bringen sollte.³⁰ Das Münsterland wurde durch den Einfall spanischer und staatlicher Truppen zum Kriegsschauplatz mit all den damit verbundenen Beschwernissen, wie Plünderungen, Überfällen, marodierenden Soldaten usw. Darüber beschwerten sich die Bewohner bei ihrer Obrigkeit, und die Landbevölkerung führte laufend Klage über ihre Bedrückung und Bedrängung durch Soldaten.³¹ Bei dieser Stimmungslage durften ergriffene Söldner, die Straßenräuberei betrieben, sei es, um ihren Sold aufzubessern oder, wenn sie keinen bezogen, um sich überhaupt ihren Lebensunterhalt zu beschaffen, nicht auf sonderliche Nachsicht rechnen.

Um einen solchen Personenkreis scheint es sich bei den in unserer Quelle erwähnten 18 Gefangenen³² gehandelt zu haben. Das legt ihre Herkunft nah. In der Gruppe befanden sich Männer aus Rheda bei Wiedenbrück, Antwerpen, Bremen, Zwolle, Süchteln, Bochum oder Bockum bei Hamm, Harsewinkel, Mörs und Wesel.³³ Sie rekrutierten sich vorwiegend aus dem Gebiet des Niederrheins, des heutigen Belgiens, der Niederlande und des Münsterlandes. Am ehesten konnte der Soldatendienst Menschen aus so verschiedenen Gegenden zusammengeführt haben.

Die Bande wurde am 3. Januar 1598 von Stiftssoldaten ergriffen, als sie versuchte, einen Krämer auszurauben. Die Soldaten brachten sie auf das Amtshaus nach Wolbeck³⁴, wo man sie in sicherem Gewahrsam hatte. Während der Haftzeit gelang es aber einem Gefangenen zu entkommen. Er konnte sich des Eisens, in das man ihn wie die anderen gelegt hatte, entledigen.

Der nächste Schritt bestand in einem Verhör der Gefangenen, das am Tag nach ihrer Festnahme durchgeführt wurde. Bei diesem Verhör gestanden sie, auf handhafter Tat bei der Beraubung des Krämers ergriffen worden zu sein. Dieses Geständnis, das übrigens nicht in der Folter erfolgte, hielt man schriftlich fest und

30 Hermann Rothert, *Westfälische Geschichte*, Bd. 2, Gütersloh 41981, S. 100.

31 Die Berichte und Bescherden sind z. B. für das Amt Sassenberg erhalten, Staatsarchiv Münster, Fürstentum Münster, Landesarchiv 302,2, fol. 80-93.

32 Bei der Namensaufzählung werden 18 Personen genannt. Wenig später spricht das Amtsbuch aber nur noch von 15 Gefangenen, ohne die Differenz zu erklären.

33 Nicht immer ist die Herkunft eindeutig zu identifizieren, da es mehrere Orte gleichen Namens gab. Der Schreiber des Amtsbuches verzichtete aber auf nähere Spezifizierungen, so daß die Ungenauigkeit nicht ganz auszumerzen ist.

34 Eine Grundrißzeichnung des Wolbecker Amtshauses von 1623 befindet sich im Staatsarchiv Münster, Kartensammlung A 428 A. Gegenüber 1598 ist der Bau 1623 zwar erweitert worden, dürfte aber im wesentlichen identisch sein mit dem alten Gebäude.

sandte es den Regierungsräten nach Münster. Diese mußten einen Bescheid erteilen, wie weiter zu verfahren sei. Sie ordneten an, die Delinquenten der peinlichen Frage zu unterziehen und der begangenen Delikte wegen, insofern sie diese in der Folter gestanden, zu verklagen. Dazu war es erforderlich, daß ein Scharfrichter nach Wolbeck kam. Wegen der großen Anzahl von Gefangenen beordnete man zwei Scharfrichter zum Verhandlungsort, und zwar den aus Werne und den aus Rheine. Diese kamen, brachten ihr Werkzeug und ihre Gehilfen mit und walteten ihres Amtes. Das Verhör und die Untersuchungsleitung lag in den Händen eines Vertreters des Landesherrn, des „Fiscus Schorrenbergh“ aus Ahlen. Die „Befragung“ der Gefangenen dauerte fünf Tage. Dabei kamen noch eine Reihe weiterer Delikte ans Tageslicht, über die mittels Boten Erkundigungen eingezogen und Nachforschungen angestellt werden mußten. Das Geständnis eines einzelnen bedeutete für die anderen, daß auch sie wegen dieses Deliktes nochmals peinlich befragt wurden. In unserem Fall begnügte man sich aber mit dem ersten Grad der Tortur, d. h. mit dem Zeigen der Instrumente. Das scheint nachhaltig genug gewesen zu sein, um weitere Geständnisse erhalten zu können. Die Gefangenen wurden in der Untersuchungszeit an verschiedenen Orten verhört und auch an verschiedenen Orten untergebracht. Damit wollte man verhindern, daß sie sich untereinander verständigen konnten.

Werfen wir einen Blick auf die in Wolbeck geübte Praxis der Tortur, so können wir aus den wenigen Bemerkungen, die die Quelle dazu macht, entnehmen, daß ihre Anwendung schon nicht mehr den Vorschriften der Carolina entsprach. Die Tortur war dort ein Mittel, Indizien und Einzel Tatsachen zu erheben. Geständnisse sollten in der Folter nicht erpreßt werden. Dies war ausdrücklich der „gütlichen“ Befragung vorbehalten. Zudem mußten alle in der Folter zur Sache gegebenen Aussagen von der Untersuchungsbehörde überprüft werden. Erst wenn die Sachaussagen sich als richtig erwiesen und der Angeklagte sie außerhalb der Folter noch einmal bestätigte, war die dort gewonnene Aussage eine für den weiteren Verhandlungsverlauf verwertbare Aussage. Den letzten Punkt, die Erkundigung über Angaben, die in der Folter gemacht wurden, hat man in Wolbeck befolgt. Den ersten hingegen vernachlässigte man. Zu verlockend war ja die Möglichkeit, von der Sachaussage in der Folter gleich zum Geständnis voranzuschreiten. Dem Mißbrauch konnte die Carolina keine wirksamen Schranken entgegensetzen.

Wir finden im Amtsbuch auch einen Beleg darüber, daß es eine Information der verschiedenen Ämter untereinander in Sachen der Strafverfolgung gab. Die Beamten aus Sassenberg hatten nämlich an den Drost und Rentmeister in Wolbeck geschrieben und sich nach zwei von ihnen gesuchten Tätern erkundigt. Als Erkennungszeichen für die fraglichen Personen fungierten körperliche Merkmale. Der eine wird als einäugig und der andere als eine Person mit einem langen, schmalen Gesicht und einer Flechte hinter dem linken Ohr beschrieben. Beide befanden sich unter den Festgenommenen, und den Sassenberger Beamten

teilte man dies mit der Aufforderung mit, ihre Anschuldigungen gegen die beiden Personen vorzubringen.

Der Untersuchungsbericht mit den Aussagen der Gefangenen wurde wiederum schriftlich aufgezeichnet und den Räten in Münster zugesandt. Die Regierung ordnete sodann an, die Straßenräuber am 10. Januar vor Gericht zu stellen und peinlich zu verklagen. Dabei sollte auch der Fiskus als Vertreter des Landesherrn anwesend sein. Am 10. Januar fand die Verhandlung unter dem Vorsitz von zwei Richtern statt und erstreckte sich von morgens bis mittags gegen 14 Uhr. Sie zog tausende (sic!) von Menschen aus Münster, Telgte und anderen Orten an, die ihr und der anschließenden Exekution beiwohnen wollten. Daher sah der Richter sich genötigt, den Gerichtsplatz mit Brettern absichern zu lassen, um die Gefangenen frei und sicher ins Gericht bringen zu können. Für dreizehn der Angeklagten lautete das Urteil auf Tod durch das Schwert.³⁵ Dies scheint schon vor der Verhandlung festgestanden zu haben, denn am Abend des 9. Januar verlegte man die Gefangenen aus ihren bisherigen Quartieren in einen Turm, ließ sie von sechs Personen die Nacht über bewachen und gewährte ihnen geistlichen Trost durch den aus Hoetmar herbeigeholten Pastor und den Gwardian aus Münster. Die Gerichtsverhandlung war offensichtlich nur noch eine Formsache und keine echte Verhandlung mehr, deren Aufgabe die Beweiserhebung und Beweiswürdigung gewesen wäre mit abschließender Urteilsfindung.

Die Hinrichtung erfolgte an zwei verschiedenen Orten. Acht Gefangene wurden dies- und jenseits des Hellwegs zu Sendenhorst hingerichtet. Ihre Köpfe steckte man auf zwei Räder; diese selbst wieder auf Stangen, die man am Hellweg bei Sendenhorst aufrichtete. Die demonstrativ aufgestellten abgeschlagenen Köpfe sollten der Abschreckung dienen. Die übrigen fünf Gefangenen wurden zu einem Hinrichtungsplatz in der Hemmer Heide, nördlich von Rinkerode, gebracht. Auch ihre Köpfe setzte man auf Räder, die an Stangen befestigt und aufgerichtet wurden. Die Körper vergrub der Schinder in drei Gruben. Die Leichname der bei Sendenhorst Hingerichteten wurden zur einen Hälfte dort und zur anderen Hälfte bei Albersloh in je zwei Kühlen verscharrt.

Von der Ergreifung über das Verhör bis zur Verhandlung und Hinrichtung dauerte das Verfahren für diese vierzehn Personen sieben Tage.³⁶ Seinen Abschluß fand es in der Ausfertigung von vom Richter beglaubigten Geständnissen der Gefangenen und der Zustellung dieser Protokolle an die Räte in Münster.

35 Einer wurde mit dem Leben begnadigt, mußte aber die für ihn entstandenen Verpflegungskosten erstatten.

36 Eine Aussage darüber, ob sieben Tage eine lange oder kurze Zeit für das Untersuchungsverfahren sind, ist schwer zu treffen. 1586 wurde in Wolbeck ein Mörder verurteilt, der elf Tage bis zur Hinrichtung in Haft blieb, Staatsarchiv Münster, Fürstentum Münster, Amt Wolbeck 111, fol. 279v-280. Von daher scheinen sieben Tage eher eine kurze Zeit, vor allem wenn man bedenkt, daß ein Untersuchungsverfahren für fünfzehn Personen durchgeführt werden mußte. Das geschah offenbar nur sehr summarisch.

Um das Verfahren in der oben dargestellten Art durchführen zu können, war ein nicht unerheblicher finanzieller und personeller Aufwand nötig. Beginnen wir mit dem letzteren. Eine Reihe von beteiligten Personen wurde schon erwähnt, angefangen von den Soldaten, die die Straßenräuber ergriffen hatten und nach Wolbeck brachten. Diese Soldaten nahmen auch Wachaufgaben bei den Gefangenen wahr. Zusätzlich wurden zur Bewachung, die Tag und Nacht erfolgte, noch die Gerichtsdienere (Fronen) von Ahlen und Wolbeck sowie einzelne Leute aus dem „Landvolk“ herangezogen. Die Fronen halfen auch bei der Überführung der Gefangenen zur Hinrichtungsstätte. Zusätzlich zu den genannten Fronen kamen bei der Begleitung zur Richtstätte noch die aus Sendenhorst, Hoetmar, Steinfurt und Albersloh hinzu.

Die Unterbringung der Gefangenen nahm man z.T. im Amtshaus und z.T. an besonders dafür hergerichteten Stätten vor. Diese mußten erst noch mit Schlössern versehen werden, und in die Räume wurden Fässer gestellt, die man ebenfalls eigens anfertigte. Sie dienten wohl zur Aufnahme des Abfalls der Gefangenen.

Eine wichtige Rolle im ganzen Verfahren nahmen die Boten ein. Sie waren die Informationsüberbringer, die die verschiedenen mit der Angelegenheit befaßten Stellen untereinander informierten. Das Amt in Wolbeck verfügte über speziell zu diesem Zweck angestellte Männer, wie es aus der Nennung der gleichen Botennamen bei verschiedenen Gängen ersichtlich ist. Insgesamt werden drei Boten namentlich erwähnt: Johann Schomacher, Johan zur Heiden und Henrich Harhoff.

Zum Gerichtspersonal im engeren Sinn zählten die Richter, der Drost und die Wolbecker Freischöffen. Da der Richter aus Wolbeck zur Zeit der hier besprochenen Verhandlung erkrankt war, bestellte man als Vertretung den Telgter Richter sowie den Ahlener, der ihm assistieren sollte. Die Richter, der Drost und die schon erwähnten Scharfrichter, Geistlichen und der Fiskus kamen allesamt mit ihren Dienern bzw. ihren Gehilfen nach Wolbeck angereist. Diese Leute wurden bis auf die Scharfrichter beim Rentmeister im Amtshaus untergebracht und beköstigt.

Zu den erwähnten Beteiligten traten noch die Leute, die die handwerklichen Arbeiten durchführten. Man bestellte eigens zwei Zimmerleute, die die Stangen aufrichteten, einen Zimmermann, der den Gerichtsplatz absicherte, einen Küfer, der die Fässer verfertigte, und einen Schmied, der die Schlösser anbrachte. Schließlich sind die Wirte nicht zu vergessen, die die Gefangenen und Verfahrensbeteiligten, soweit sie nicht im Wolbecker Amtshaus untergebracht waren, verpflegten.

Daß dieser personelle Aufwand zugleich auch ein nicht unerheblicher finanzieller war, versteht sich von selbst. Die nachfolgende Tabelle soll einen Eindruck von den verschiedenen Kostenfaktoren vermitteln.

Verpflegungskosten pro Person:

– Morgensuppe	2 Schilling ³⁷
– Mittags- bzw. Abendmahlzeit	3 Schilling ³⁸
– Bier	1 Schilling
– Wein (1 Quant)	6 Schilling

Verpflegungskosten für die Scharfrichter während der gesamten Zeit

10 Reichstaler³⁹

Verpflegungskosten für 14 Gefangene für 7 Tage

11 Reichstaler⁴⁰

Pferdefutter

– 1 Scheffel Hafer	6 Schilling
– Streufutter	4 Schilling

Materialkosten

– 3 Räder	2 Reichstaler 10 Schilling
– Radstacken	20 Schilling
– Nägel	4 Schilling
– Schlösser	14 Schilling
– 4 Fässer	20 Schilling
– Holz und Kerzen	2 Reichstaler 11 Schilling

37 Die Umrechnung der alten Einheiten in heutige Werte ist äußerst schwierig. Besser scheint es zu sein, die alten Währungsangaben beizubehalten und aus der Angabe über das, was man mit einer bestimmten Summe Geldes erhalten konnte, zu schließen, welcher Wert ihr zukam. Z.B. kostete die Verpflegung für einen Tag ca. 10 Schilling. Mit dieser Angabe hat man eine Vorstellung von dem, was das Geld für den einzelnen bedeuten konnte. Für die Verrechnung der Einheiten untereinander gilt, daß 1 Taler 28 Schillingen und 1 Schilling 12 Pfennigen entspricht.

38 In dem Preis für die Mittags- und Abendmahlzeit waren die Kosten für das Bier immer mit enthalten. Wein wurde hin und wieder auch schon zur Morgenmahlzeit getrunken. Der Preis für die Mahlzeit der Diener lag etwas niedriger als für die ihrer Herren und zwar bei 2,5 Schilling.

39 Die Scharfrichter bekamen ihr Verpflegungsgeld ausgezahlt und wurden nicht, wie alle übrigen am Verfahren Beteiligten, vom Rentmeister bewirtet. Dies erklärt sich vielleicht aus ihrem unehrlichen Stand.

40 Daß die Gefangenen keine sonderlich gute Verpflegung bekommen haben konnten, geht aus der Gegenüberstellung der für ihre Beköstigung aufgewandten Summe mit der für die Scharfrichter hervor. Ebenso illustriert das ein Vergleich der Verpflegungskosten, die bei der Einlieferung der Gefangenen in Wolbeck aufgewandt wurden. Pro Person stellte man für sie in der ersten Nacht zwei Schilling in Rechnung. Für die Vögte und Fronen des Amtes Dülmen, die sie mit den Soldaten nach Wolbeck gebracht hatten, berechnet man hingegen 13 Schilling pro Person. Als einzige Vergünstigung, die die Gefangenen erfuhren, hält das Amtsbuch die Ausgabe von vier Quant Wein zu 24 Schilling an die Gefangenen fest. Wahrscheinlich handelte es sich um einen Bestandteil der „Henkersmahlzeit“.

Arbeitskosten

- Ausstellung eines beglaubigten Geständnisses durch einen Richter 1 Reichstaler
- Botenlohn 2-14 Schilling⁴¹
- Lohn für die Arbeit eines Geistlichen 1 Reichstaler
- Absichern des Gerichtsplatzes 6 Schilling
- Anfertigen der Fässer 5 Schilling
- Schinderlohn (Vergraben der Leichname, Reinigen der – Gefängnisse) 2 Reichstaler 24 Schilling
- Henkerslohn pro Hinrichtung 1 Reichstaler
- Anwendung des ersten Grades der Tortur pro Person 14 Schilling⁴²

Im weiteren Verlauf des Jahres kam es noch zu weiteren Hinrichtungen. Im Juni wurde ein Hans von Dülmen, genannt Wideman, durch Stiftssoldaten ergriffen und dem Gericht übergeben, das ihn zum Tode verurteilte. Delikt und Hinrichtungsart werden nicht genannt. Die Kosten dieses Verfahrens beliefen sich auf 8 Reichstaler und 17 Schilling. Billiger kam die Ergreifung und Hinrichtung von zwei Verbrechern im Juli. Das Verfahren kostete 2 Reichstaler und 3 Schilling. Die gesamten Kriminalkosten beliefen sich für das Jahr 1598 im Amt Wolbeck auf 138 Reichstaler 26 Schilling und 2 Pfennig.⁴³ Typisch scheint das Jahr nicht gewesen zu sein, denn zum Schluß seiner Eintragungen bemerkte der Rentmeister, daß 1598 außergewöhnlich viele Kriminalfälle vorgekommen seien. Deshalb spendierte er den Freischöffen zwei Tonnen „Koit“ (Bier), die noch einmal mit 3 Reichstalern und 12 Schillingen zu Buche schlugen.

41 Der Botenlohn variierte in der angegebenen Breite. Er war abhängig von der Entfernung und dem Wetter, das während des Botenganges herrschte. Bei Regen und damit schwierigeren Wegen bekam der Bote etwas mehr. Der „Normalsatz“ für einen Gang nach Münster betrug 2 Schilling.

42 Ein Vergleich mit einer Scharfrichterrechnung des Amtes Wolbeck aus dem Jahre 1684, Staatsarchiv Münster, Fürstentum Münster, Landesarchiv 360,6, ergibt eine leichte absolute Steigerung der Henkerskosten. Dort wird für eine durchgeführte Tortur 1 Reichstaler verlangt. Die Hinrichtung mit dem Rad veranschlagte der Henker mit 3 und die mit dem Strang mit 2 Reichstalern. Ungefähr gleich geblieben sind die Verpflegungskosten.

43 Über hohe Kosten für die Durchführung des peinlichen Verfahrens beschwerten sich 1590 drei Gografen aus Meest. Sie richteten eine Bittschrift an den Domdechanten und das Kapitel der Kirche von Münster, in der sie um eine Rücknahme der vorgesehenen Kürzungen für das Justizwesen baten. Ferner wünschten sie eine Ermäßigung der auf den Brüchten lastenden Abgaben an das Domkapitel, um der Aufgabe der Rechtspflege besser nachkommen zu können, Staatsarchiv Münster, Domkapitel Münster III C 2.